

DZHW

02 2022

BRIEF

Im Fokus

■ Es gibt nach wie vor klar erkennbare soziale Ungleichheiten in der Teilhabe an Hochschulbildung: Kinder aus Nicht-Akademikerfamilien studieren deutlich seltener als Kinder aus Akademikerfamilien. Zum großen Teil geht die ungleiche Teilhabe jedoch auf Ungleichheiten in Bildungs- und Lebensphasen zurück, die dem Übergang ins Studium deutlich vorgelagert sind.

■ Über das Instrument einer staatlichen Studienförderung soll das BAföG die Bildungsgerechtigkeit am Übergang ins Studium erhöhen und vor allem Studieninteressierten aus einkommensschwächeren Familien ein Studium ermöglichen. Seit einigen Jahren mehrt sich jedoch Kritik an den aktuellen BAföG-Regelungen.

■ Analysen mit den Daten des DZHW-Studienberechtigtenpanels zeigen, dass nur 15 Prozent der sozialen Herkunftsunterschiede in der Studierneigung von Studienberechtigten auf die wahrgenommenen Kosten eines Studiums zurückzuführen sind. Ein Großteil der Unterschiede lässt sich auf andere Faktoren zurückführen – Einflussfaktoren, die sich im Rahmen der geplanten BAföG-Reform zusätzlich berücksichtigen ließen.

■ Wissenschaftliche Befunde legen nahe, dass es nicht nur auf die Höhe der BAföG-Leistungen ankommt. Vielmehr gibt es auch Nachbesserungsbedarfe bei den zur Verfügung gestellten Informationen, Beratungsangeboten und Antragsverfahren. Die aktuellen Informations- und Beratungsangebote scheinen gerade für Studieninteressierte und Studierende aus einkommensschwächeren Elternhäusern nicht auszureichen. Auch das Antragsverfahren selbst kann eine entscheidende Hürde auf dem Weg ins und durchs Studium sein. Hinzu kommt ihre größere Sorge vor Schulden.

https://doi.org/10.34878/2022.02.dzhw_brief

„Am Geld allein liegt es nicht“ Wissenschaftliche Impulse zur Reform des BAföG

Sandra Buchholz, Frauke Peter, Sebastian Lang und Christoph Gwosć

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz, kurz BAföG, ist das wohl wichtigste und bekannteste Instrument der staatlichen Studienförderung¹ in Deutschland. An das BAföG sind bis heute große Hoffnungen und Erwartungen geknüpft. Es soll nicht nur dazu beitragen, hochqualifizierte Bildungsreserven und Bildungspotenziale zu aktivieren und zu mobilisieren, sondern soll auch die Bildungs- und Chancengerechtigkeit erhöhen. Gerade jungen Erwachsenen aus einkommensschwächeren Familien soll mit dem BAföG die Möglichkeit gegeben werden, ein Studium aufzunehmen – ein Studium, das ihnen ohne finanzielle Unterstützung durch den Staat nicht oder nur schwer möglich wäre.

Vergleicht man das BAföG mit anderen Angeboten der Studienförderung – wie dem KfW-Studienkredit, dem Bildungskredit oder Stipendienprogrammen –, erreicht es, gemessen an der Zahl der Empfänger*innen, nach wie vor den größten Personenkreis (vgl. z. B. Centrum für Hochschulentwicklung, 2021). Seit einiger Zeit mehren sich jedoch die Forderungen nach einer umfassenden Reform des BAföG, einer Reform, die weit über die Überprüfung und Anpassung von Bedarfssätzen und Freibeträgen hinausgeht (Deutscher Gewerkschaftsbund, 2021a, 2021b; Deutsches Studentenwerk, 2021a; Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, 2021; Hochschulrektorenkonferenz, 2021).

Die neue Bundesregierung hat sich deshalb das Ziel gesetzt, das BAföG in der Legislaturperiode 2021 bis 2025 in einem mehrstufigen Prozess

¹ Auch wenn es sich nicht allein an Studierende, sondern auch an andere Bildungsgruppen richtet, wird das BAföG vor allem mit der Gruppe der Studierenden in Verbindung gebracht. Als staatliches Instrument der finanziellen Studienförderung löste das BAföG 1971 das Honnefer Modell ab.

Autor*innen



Prof. Dr. Sandra Buchholz
buchholz@dzhw.eu



Dr. Frauke Peter
peter@dzhw.eu



Dr. Sebastian Lang
lang@dzhw.eu



Dr. Christoph Gwosć
gwosc@dzhw.eu

grundlegend zu reformieren. Bereits kurz nach Amtsantritt hat die neue Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger eine kritische Bilanz zum BAföG gezogen und eine weitreichende Reform angekündigt: Das BAföG soll elternunabhängiger, moderner und attraktiver werden; es soll mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen; für Studierende aus sozial schwachen Elternhäusern sollen zusätzliche finanzielle Angebote für den Start ins Studium eingerichtet werden; die Beantragung soll einfacher und digitaler werden; Bedarfssätze, Förderdauern und Altersgrenzen sollen kritisch überprüft werden (Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2021; Zeit Online, 2021a). Erste Maßnahmen zur Reform des BAföG wurden kürzlich beschlossen. In deren Mittelpunkt steht – neben einer Flexibilisierung der Altersgrenzen – vor allem die Erhöhung der BAföG-Sätze (Zeit Online, 2022; Süddeutsche Zeitung, 2022).

Im vorliegenden Beitrag möchten wir aus wissenschaftlicher Perspektive Impulse zur aktuellen Debatte um das BAföG geben. In unserer Auseinandersetzung konzentrieren wir uns auf einen spezifischen, jedoch sehr zentralen Aspekt der aktuellen Diskussion, nämlich die Frage, welche Ansatzpunkte es gibt, um über ein bildungspolitisches Instrument wie das BAföG die soziale Gerechtigkeit in der Teilhabe an hochschulischer Bildung zu erhöhen. Denn die Forschung zeigt: Am Geld allein liegt es nicht, dass junge Erwachsene aus sozial schwächeren Elternhäusern seltener studieren. Häufig fehlen ihnen auch die nötigen Informationen. Zudem gibt es Hinweise darauf, dass das Beantragungsverfahren für sie eine besondere Herausforderung darstellen kann.

BAföG in der Krise? Einordnung der beiden zentralen Kennzahlen in der aktuellen Debatte

Die aktuelle Debatte um das BAföG ist sehr vielschichtig. Ausgangspunkt ist zumeist die Beobachtung, dass es trotz steigender Studierendenzahlen immer weniger Studierende gibt, die BAföG beziehen (Statistisches Bundesamt, 2021). Eng damit verbunden ist die Kritik, dass

ein Teil eigentlich verfügbarer Fördermittel für Studierende nicht verausgabt werde (Grimm, 2021; Habermalz, 2020; Wygrabek & Lührig, 2021). Aber auch mit Blick auf Förderkriterien wie Förderzeiten und Altersgrenzen werden Reformbedarfe gesehen (Deutscher Gewerkschaftsbund, 2021a; Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, 2021). Es gibt außerdem Zweifel daran, ob das BAföG in seiner jetzigen Form ausreicht, um Studierenden eine realistische und angemessene Finanzierung ihres Lebensunterhalts zu ermöglichen (vgl. u. a. Deutsches Studentenwerk, 2021a, 2021b; Dohmen et al., 2017, 2019; Zeit Online, 2021b), insbesondere vor dem Hintergrund stark gestiegener Wohnkosten an vielen Studienstandorten. Auch in Bezug auf das Antrags- und Bewilligungsverfahren werden Nachbesserungsbedarfe gesehen: Das Verfahren müsse einfacher, schneller und transparenter werden, so die Forderung (BMBF, 2021; van Bebbler, 2010).

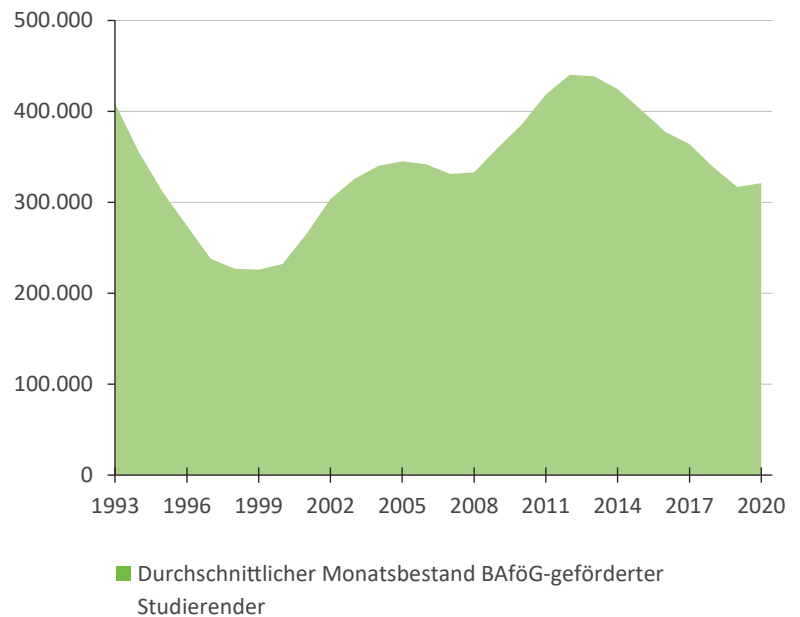
Die öffentliche, mediale und bildungspolitische Diskussion um das BAföG wird dabei sehr stark von Entwicklungen bei zwei statistischen Kennzahlen geprägt, nämlich der Gefördertenzahl, also der Zahl der Studierenden, die BAföG erhalten, und der Gefördertenquote, also dem Anteil der Studierenden, die BAföG beziehen (vgl. z. B. Deutscher Bundestag, 2022; Deutscher Gewerkschaftsbund, 2021a, 2021b; Deutsches Studentenwerk, 2021a, 2021c; Wiarda, 2021). Sowohl die Zahl als auch die Quote der BAföG-geförderten Studierenden ist in den vergangenen zehn Jahren gesunken. Für 2020 berichtete das Statistische Bundesamt, dass im Monatsdurchschnitt etwa 321.000 Studierende BAföG erhielten; 2012 waren es noch rund 440.000 (siehe Abb. 1). Bezogen auf die Gefördertenquote gibt es unterschiedliche Werte (siehe Infobox 1): In der öffentlichen und medialen Debatte wird häufig auf eine Gefördertenquote von rund 11 Prozent verwiesen (Centrum für Hochschulentwicklung, 2021; Deutsches Studentenwerk, 2021c; Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, 2021; Zeit Online, 2021a, 2021b). Demnach würde also etwa jede*r zehnte Studierende BAföG erhalten – ein Wert vergleichbar zur Quote in

den späten 1990er Jahren, einer Zeit, in der die Zahl der BAföG-geförderten Studierenden einen ähnlich starken Rückgang verzeichnete. Im Rahmen der regelmäßigen bildungspolitischen Berichterstattung zum BAföG wird mit 18,5 Prozent eine deutlich höhere Quote ausgewiesen (Deutscher Bundestag, 2021). Demnach würde also fast jede*r fünfte Studierende in Deutschland BAföG beziehen.

Der Rückgang in der Zahl und der Quote der BAföG-geförderten Studierenden in den vergangenen zehn Jahren wird immer wieder so interpretiert, dass das BAföG als Instrument zur Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit in der Teilhabe an hochschulischer Bildung immer weniger greife (siehe z. B. Deutscher Gewerkschaftsbund, 2021a, 2021b; Deutsches Studentenwerk, 2021c; Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft, 2021). Aus analytischer Sicht ist eine solche Schlussfolgerung jedoch problematisch, zumal wissenschaftliche Forschungsergebnisse darauf hindeuten, dass sich am Ausmaß sozialer Herkunftsunterschiede am Übergang ins Studium seit vielen Jahren wenig verändert hat (Bildungsbericht, 2018, Abb. F2-4A; Boneva & Rauh, 2017; Grodsky & Jones, 2007; Hadjar & Berger, 2011; Reimer & Schindler, 2010).

Ein Rückgang (oder auch Zuwachs) in der Zahl und der Quote der BAföG-Empfänger*innen kann viele Ursachen haben – komplett unabhängig von den Regelungen des BAföG selbst. Beispielsweise können demografische Faktoren eine Rolle spielen, aber auch Schwankungen in der Studiennachfrage oder eine veränderte soziale Komposition in der Gruppe der Studieninteressierten und Studierenden, etwa aufgrund einer schrittweisen Höherqualifizierung in der Elterngeneration. Die Aussagekraft beider Kennzahlen ist deshalb sehr begrenzt, wenn es um die Interpretation zeitlicher Trends geht. Sowohl die Zahl als auch die Quote der BAföG-Empfänger*innen unterliegt ständigen Schwankungen und die Entwicklungen in den vergangenen drei Jahrzehnten folgten dabei keinem klar erkennbaren geradlinigen Trend. Die starke Fokussierung der aktuellen Debatte auf Entwicklungen in der Gefördertenzahl und

Abb. 1: Zahl der BAföG-geförderten Studierenden, 1993 bis 2020



Quelle: Statistisches Bundesamt, Datenauszug aus der Genesis-Datenbank (Abruf: 12.01.2022), eigene Darstellung.

Infobox 1: Berechnungsverfahren zur Ermittlung der Gefördertenquote

Die Abweichung zwischen den beiden Quoten erklärt sich dadurch, dass den Berechnungsverfahren unterschiedliche Basispopulationen zugrunde liegen. Während bei der erstgenannten Quote von ca. 11 Prozent die Zahl der Studierenden, die BAföG erhalten, durch die Zahl *aller* Studierenden geteilt wird, bezieht das zweite Berechnungsverfahren nur jene Studierenden ein, die potenziell *anspruchsberechtigt* sind.

Das erstgenannte Berechnungsverfahren ist mit Blick auf Aussagen über zeitliche Trends anfällig für statistische Artefakte. Es kann nicht verlässlich ausgeschlossen werden, dass ein Rückgang in der Quote allein darauf zurückzuführen ist, dass sich in der zugrundeliegenden Basispopulation der Anteil der Studierenden erhöht hat, an die sich das BAföG nicht explizit richtet (z. B. internationale Studierende, die für eine begrenzte Zeit nach Deutschland kommen). Das zweite Berechnungsverfahren, das für 2020 eine Quote von 18,5 Prozent ausweist, versucht diesem Problem dadurch zu begegnen, dass all jene Studierenden ausgeschlossen werden, die wahrscheinlich nicht anspruchsberechtigt sind (beispielsweise aufgrund eines Überschreitens der Regelstudienzeit). Dies birgt jedoch die Gefahr, eventuelle Förderbedarfe zu übersehen. Zuletzt wurden beispielsweise mehr als eine Million Studierende von der Berechnung ausgeschlossen.

Gefördertenquote ist aber auch deshalb überraschend, weil beide Kennzahlen aus analytischer Sicht keinerlei Aussagen und Rückschlüsse über die tatsächlichen Förderbedarfe von Studieninteressierten und Studierenden ermöglichen. Sie sind weder in der Lage zu quantifizieren, wie viele Studieninteressierte und Studierende einen Förderbedarf haben, noch wie viele von ihnen mit dem BAföG erreicht werden.

Welche Rolle spielen finanzielle Erwägungen bei der Entscheidung für (oder gegen) ein Studium? Und welche weiteren Einflussfaktoren gibt es?

Seit seiner Einführung im Jahr 1971 gehört es zu den zentralen Zielen des BAföG, die soziale Ungleichheit in der Teilhabe an hochschulischer Bildung zu verringern. Mit dem Angebot einer finanziellen Unterstützung durch den Staat soll insbesondere jungen Erwachsenen aus ökonomisch schwächeren Familien der Weg ins Studium geebnet werden (siehe Infobox 2). Im Mittelpunkt unserer wissenschaftlichen Auseinandersetzung stehen deshalb Forschungsergebnisse, die sich mit der Erklärung der fortbestehenden herkunftsspezifischen Ungleichheiten am Übergang ins Studium beschäftigen. Wann und wie entsteht die sozial ungleiche Teilhabe an hochschulischer Bildung? Und inwiefern beeinflussen finanzielle Erwägungen die Entscheidung für oder gegen ein Studium? Wie kann also über das Instrument einer finanziellen Studienförderung durch den

Staat Einfluss auf individuelle Studienentscheidungen genommen werden? Und welche weiteren Faktoren sind von Bedeutung, die sich im Rahmen der geplanten BAföG-Reform berücksichtigen ließen?

Ungleiche Teilhabe an hochschulischer Bildung entsteht schon deutlich vor Studienaufnahme

Wissenschaftlich ist vielfach dokumentiert, dass Kinder aus weniger privilegierten Elternhäusern nach wie vor deutlich seltener studieren als Kinder aus sozial und ökonomisch besser gestellten Familien (vgl. z. B. Barone et al., 2017; Damgaard & Nielsen, 2018; Lavecchia et al., 2016). Kracke et al. (2018) kamen beispielsweise zu dem Ergebnis, dass in Deutschland von 100 Akademikerkindern 79 den Weg ins Studium finden, jedoch nur 27 von 100 Kindern aus Nicht-Akademikerfamilien. Es ist ebenfalls gut belegt, dass ein großer Teil der sozial ungleichen Teilhabe an hochschulischer Bildung bereits deutlich vor der Entscheidung für oder gegen die Aufnahme eines Studiums entsteht, also in Bildungs- und Lebensphasen, die dem Übergang ins Studium deutlich vorgelagert sind: Kinder aus sozial schwächeren Familien wachsen tendenziell in weniger förderlichen Lernumwelten auf, erzielen deshalb häufig schwächere schulische Leistungen, besuchen in der Folge seltener das Gymnasium, erwerben daher seltener die Hochschulreife und sind aufgrund all dieser Faktoren dann in der Gruppe der Studierenden systematisch unterrepräsentiert (vgl. z. B. Buchholz & Pratter, 2017; Kracke et al., 2018; Lergetporer et al., 2021; Müller & Pollak, 2007).

Zwar wird davon ausgegangen, dass der Einfluss des familiären Hintergrunds über den Bildungsverlauf und mit zunehmendem Alter der Kinder abnimmt (Blossfeld & Shavit, 1993; Hillmert & Jacob, 2005; Mare, 1980; Scharf et al., 2020). Jedoch hat eine Vielzahl empirischer Studien gezeigt, dass die soziale Herkunft auch am Übergang ins Studium eine entscheidende Rolle spielt (z. B. Boneva & Rauh, 2017; Quast et al., 2012; Schindler & Lörz, 2012;

Infobox 2: Soziale Herkunft als Proxy-Variable für die Abbildung möglicher finanzieller Unterstützungsbedarfe

Das BAföG richtet sich an Studieninteressierte und Studierende aus einkommensschwächeren Familien. In Befragungsstudien erweist sich das (elterliche) Einkommen jedoch als sensible und schwer erfassbare Angabe. Deshalb wird in wissenschaftlichen Studien häufig auf das Konstrukt der sozialen Herkunft als Proxy-Variable zurückgegriffen, um Studieninteressierte und Studierende mit finanziellen Unterstützungsbedarfen im Studium zu erfassen. Operationalisiert wird die soziale Herkunft beispielsweise über das Bildungsniveau der Eltern.

Schindler & Reimer, 2010; Spangenberg et al., 2017). Studienberechtigte aus sozial schwächeren Familien nehmen trotz Berechtigung zum Studium seltener ein Studium auf als Studienberechtigte aus besser gestellten Familien. Selbst bei gleichen schulischen Leistungen entscheiden sie sich häufiger gegen ein Studium. Besonders ausgeprägt sind die sozialen Disparitäten jedoch bei eher schwachen schulischen Leistungen (Bildungsbericht, 2020): Studienberechtigte aus Akademikerfamilien studieren gerade bei nur schwachen Leistungen deutlich häufiger als Studienberechtigte aus Nicht-Akademikerfamilien.

Die (wahrgenommenen) Kosten eines Studiums sind nur ein Teil der Erklärung

Welche Rolle spielen nun finanzielle Erwägungen bei der sozial ungleichen Entscheidung von Studienberechtigten² für oder gegen ein Studium? Eine Einschätzung ermöglicht eine aktuelle Analyse von Quast et al. (im Erscheinen) auf Basis von Daten des DZHW-Studienberechtigtenpanels.³ In einer Dekompositionsanalyse wurde der Frage nachgegangen, wie groß die Bedeutung verschiedener Faktoren bei der Erklärung herkunftsspezifischer Unterschiede in der Studierneigung von Studienberechtigten ist. Berücksichtigt wurden dabei auch die von Studienberechtigten wahrgenommenen Kosten eines Studiums.⁴

Zunächst zeigen die Analysen, dass die von Studienberechtigten antizipierten Kosten eines Studiums – erwartungsgemäß – einen

signifikanten Einfluss auf ihre Studienentscheidung haben (Quast et al., im Erscheinen): Je höher die Kosten eines Studiums wahrgenommen werden, desto seltener wird von Studienberechtigten ein Studium erwogen bzw. aufgenommen. Studienberechtigte aus Nicht-Akademikerfamilien haben zudem eine höhere Sensibilität für die Kosten eines Studiums; für sie spielen finanzielle Erwägungen also eine größere Rolle.

Nur 15 Prozent der sozialen Herkunftsunterschiede sind auf die (wahrgenommenen) Kosten eines Studiums zurückzuführen

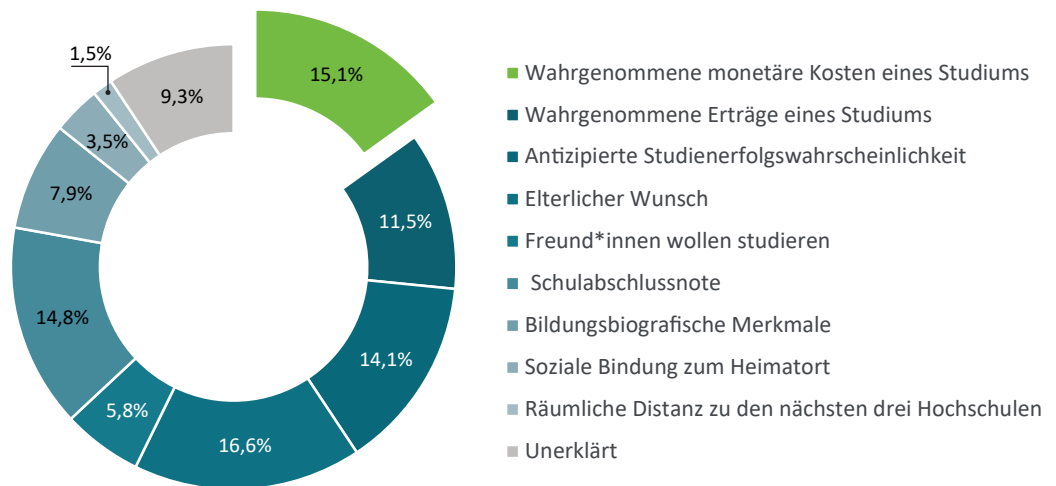
In der Dekompositionsanalyse wird jedoch deutlich (Abb. 2), dass die wahrgenommenen Kosten eines Studiums nur 15 Prozent der sozialen Herkunftsunterschiede in der Studierneigung von Studienberechtigten aus Akademiker- und Nicht-Akademikerfamilien erklären. Der Großteil der sozialen Herkunftsdisparitäten ist also auf andere Faktoren zurückzuführen: Etwa 12 Prozent ergeben sich daraus, dass Studienberechtigte aus Nicht-Akademikerfamilien die Erträge eines Studiums geringer einschätzen als Studienberechtigte aus Akademikerfamilien; gut 14 Prozent daraus, dass sie ihre Chancen, ein Studium erfolgreich meistern zu können, schlechter beurteilen (selbst bei gleichen schulischen Leistungen). Fast 17 Prozent lassen sich damit erklären, dass sich akademisch gebildete Eltern häufiger wünschen, dass ihr Kind studiert; rund 6 Prozent damit, dass die Freund*innen von Studienberechtigten aus Akademikerfamilien häufiger studieren wollen als die Freund*innen von Studienberechtigten aus Nicht-Akademikerfamilien. Weitere 15 Prozent der Unterschiede lassen sich darauf zurückführen, dass Studienberechtigte aus Nicht-Akademikerfamilien im Schnitt schlechtere Schulabschlussnoten erzielen; 8 Prozent auf bildungsbiografische Unterschiede, vor allem darauf, dass Studienberechtigte aus Nicht-Akademikerfamilien seltener die allgemeine Hochschulreife erwerben und ihre Hochschulreife häufiger an beruflichen Schulen erlangen.

² Der Zugang zu hochschulischer Bildung wurde in den vergangenen Jahren zwar deutlich flexibilisiert, jedoch erwerben die allermeisten Studienanfänger*innen in Deutschland (ca. 97 Prozent) ihre Hochschulzugangsberechtigung nach wie vor auf schulischem Wege (Bildungsbericht, 2020).

³ Genutzt werden dazu Daten des Studienberechtigtenpanels 2018. In dieser Studie werden Schüler*innen, die im Jahr 2018 an ausgewählten allgemeinbildenden und beruflichen Schulen eine Hochschulreife erworben haben, auf ihrem weiteren Lebensweg begleitet. Basierend auf den Daten der zweiten Befragung ein halbes Jahr nach Schulabschluss lässt sich für gut 7.150 Studienberechtigte aus Akademiker- und Nicht-Akademikerfamilien nachvollziehen, ob sie ein Studium aufgenommen haben oder dies in Zukunft fest beabsichtigen.

⁴ Für die Abbildung der wahrgenommenen Kosten eines Studiums wurden in der Analyse mehrere Variablen berücksichtigt. Es fließen Angaben dazu ein, wie schwer es aus Sicht der Studienberechtigten für sie und ihre Familie wäre, verschiedene im Rahmen eines Studiums entstehende Kosten zu übernehmen. Ebenfalls fließt ein, welche Rolle Kostenerwägungen für Studienberechtigte bei der Studienentscheidung spielen. Zudem werden die wahrgenommenen indirekten Kosten eines Studiums berücksichtigt, die dadurch entstehen, dass ein Studium Studienberechtigten erst eine spätere finanzielle Unabhängigkeit ermöglicht.

Abb. 2: Erklärungsbeitrag verschiedener Einflussfaktoren für die unterschiedliche Studierneigung von Studienberechtigten aus Akademiker- und Nicht-Akademikerfamilien



Quelle: Quast et al. (im Erscheinen) auf Basis von Daten des DZHW-Studienberechtigtenpanels 2018 (Wellen 1 und 2), eigene Darstellung.

Auch Unterschiede in der sozialen Bindung zum Heimatort und in der räumlichen Distanz zu den nächsten Hochschulen spielen eine Rolle, wenngleich mit 3,5 bzw. 1,5 Prozent eine eher untergeordnete.

Es ist also eine Vielzahl von Faktoren, die dazu beitragen, dass Studienberechtigte aus Nicht-Akademikerfamilien seltener studieren als Studienberechtigte aus Akademikerfamilien. Finanzielle Erwägungen sind ein Baustein eines sehr komplexen Gesamtbildes. In der beispielhaft dargestellten Analyse für Studienberechtigte des Abschlussjahrgangs 2018 erklärt sich der Großteil der sozialen Herkunftsdisparitäten durch andere Faktoren, welche sich jedoch im Rahmen bildungspolitischer Maßnahmen, auch der geplanten Reform des BAföG, durchaus berücksichtigen ließen.

Studienberechtigte aus Nicht-Akademikerfamilien benötigen mehr und besser aufbereitete Informationen zum Studium

Bereits seit längerem beschäftigt sich die Forschung damit, dass es nicht zwangsläufig die tatsächlichen Kosten sind, die Schüler*innen aus sozial schwächeren Familien vom Studium abhalten, sondern – zumindest in Teilen – auch fehlende bzw. unzureichende Informationen über die Kosten und

Finanzierungsmöglichkeiten eines Studiums. Eine Vielzahl internationaler Studien belegt, dass Schüler*innen aus Akademikerfamilien deutlich besser über Studienkosten und mögliche Finanzierungsangebote informiert sind als Schüler*innen aus nicht-akademischen Elternhäusern (vgl. z. B. Barone et al., 2017; Grodsky & Jones, 2007; Hoxby & Turner, 2015; Jensen, 2010). Dass fehlende bzw. unzureichende Informationen über das Studium ein zentraler Grund für die bestehenden Herkunftsdifferenzen am Übergang ins Studium sind, zeigt sich auch für Deutschland, beispielsweise auf Basis der Daten des Berliner-Studienberechtigten-Panels. Hier wurde in einem randomisierten Design eine Informationsintervention zu den Kosten, den finanziellen Unterstützungsangeboten und dem Nutzen eines Studiums unter Studienberechtigten in Berlin durchgeführt (vgl. Peter et al., 2018, 2021).

Dort konnte gezeigt werden, dass sich die Wahrscheinlichkeit einer Studienaufnahme bei studieninteressierten Schüler*innen aus nicht-akademischen Elternhäusern signifikant erhöhte, wenn sie an einem Informationsworkshop zum Studium teilnahmen: Von ihnen nahmen 77 Prozent ein Studium auf. Von denjenigen, die keine solchen Informationen im Rahmen eines Workshops erhielten, entschieden sich nur 65 Prozent für ein Studium (vgl.

Peter et al., 2018, 2021). Dies ist eine bemerkenswerte Erhöhung der Einschreibe- rate ins Studium, insbesondere vor dem Hintergrund, dass der in der Studie durchgeführte Informationsworkshop im Schnitt nur knapp 20 Minuten beanspruchte.

Durch transparent und verständlich aufbereitete Informationen zu den Möglichkeiten eines Studiums können Studienberechtigte aus Nicht-Akademikerfamilien also nachhaltig in ihrer Absicht bestärkt werden, ein Studium aufzunehmen. Dies zeigt, wie wichtig es wäre, im Rahmen der geplanten BAföG-Reform auch eine Verbesserung der Informationen zu den Kosten und Finanzierungsmöglichkeiten eines Studiums anzustreben. Das derzeitige Informations- und Beratungsangebot scheint insbesondere für Studienberechtigte aus nicht-akademischen Elternhäusern in der aktuellen Form nicht auszureichen.

Dass es im Rahmen der geplanten BAföG-Reform wichtig sein könnte, sich nicht zu einseitig auf eine Erhöhung der Leistungen zu konzentrieren, legen auch die Ergebnisse einer Simulationsstudie von Steiner und Wrohlich (2012) nahe. Sie finden zwar heraus, dass eine Erhöhung des BAföG-Betrags um 1.000 Euro pro Jahr⁵ die durchschnittliche Einschreibe- rate ins Studium erhöht. Mit einem Anstieg von etwa 2 Prozentpunkten innerhalb von fünf Jahren ist der Effekt jedoch relativ gering – nicht nur im Verhältnis zu der in der Studie simulierten BAföG-Erhö- hung, sondern auch im Vergleich zum oben berichteten Effekt einer Informationsintervention unter Berliner Studienberechtigten. Dies legt nahe, dass allein finanzielle Veränderungen der BAföG-Regelungen kaum ausreichen werden, um mehr jungen Erwachsenen aus einkommensschwächeren Familien den Weg ins Studium zu eb- nen.

Mehr direkte Unterstützung bei der Leistungsbeantragung und deren Vereinfachung

Nicht nur fehlende oder unzureichende In- formationen über die Möglichkeiten eines

Studiums können für Studieninteressierte aus sozial schwächeren Familien eine Hürde bei der Aufnahme eines Studiums darstellen. Auch die Beantragung der finanziellen Unterstützungs- leistungen selbst kann für sie zu einer Heraus- forderung werden. Für die USA, ein Land mit sehr hohen Studiengebühren und gleichzeitig vielen Programmen zur Finanzierung des Stu- diums, liegen Erkenntnisse vor, wie schwie- rig und komplex die Beantragung finanzieller Unterstützung für Studieninteressierte aus so- zial schwächeren Familien sein kann. Bettin- ger et al. (2012) konnten für die USA im Rah- men einer groß angelegten Feldstudie zeigen, dass die Kombination aus Informationsbereit- stellung – nämlich darüber, wo und wie finan- zielle Unterstützungsleistungen beantragt wer- den können – und direkter Unterstützung bei der Beantragung dieser Leistungen die Imma- trikulationsrate insbesondere von Studieninte- ressierten aus einkommensschwächeren Fami- lien erhöhte.

Dieser Befund spiegelt sich indirekt auch in einer Studie für Deutschland wider: Herber und Kalinowski (2019) untersuchten mögliche Gründe für eine Nicht-Inanspruchnahme des BAföG. Ihre Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Inanspruchnahme des BAföG nicht allein durch eine Anhebung des Leistungsniveaus er- höht werden kann. Ihre Befunde lassen viel- mehr vermuten, dass eine Vereinfachung der BAföG-Antragsformulare zum einen den büro- kratischen Aufwand der Beantragung merklich reduzieren würde und zum anderen auch be- wirken würde, dass deutlich weniger Studie- rende vor einer Antragstellung zurückschre- cken.

Herausforderung: Eine Studienentschei- dung treffen, bevor die BAföG-Förderung bekannt ist

Studieninteressierten und Studierenden aus so- zial schwächeren Familien fehlen also oft wich- tige Informationen – sowohl über das Studium selbst (Hoxby & Turner, 2015; Peter et al., 2021) als auch über mögliche finanzielle Unterstüt- zungen und deren Beantragung (Damgaard &

⁵ Dies entspricht in etwa einer Erhöhung von 83 Euro pro Monat.

Nielsen, 2018; Peter & Zambre, 2017). Wissenschaftliche Befunde legen darüber hinaus nahe, dass diese Gruppe auch eine größere Unsicherheit in Bezug auf die finanzielle Studienförderung erlebt (Bettinger et al., 2012; Dynarski et al., 2021). Die Entscheidung für ein Studium und auch dessen Antritt erfolgen häufig, *bevor* Studieninteressierte bzw. Studierende eine Rückmeldung zu ihrem BAföG-Antrag erhalten. Die Entscheidung findet also unter großer Unsicherheit und ohne verlässliche Kenntnis über die Förderung und die Höhe der Förderung statt. Ob der Lebensunterhalt während des Studiums gesichert ist (und wenn ja, in welchem Umfang), ist vielen Studieninteressierten zum Zeitpunkt der Entscheidung unbekannt.

Untersuchungen, vorwiegend aus den USA, zeigen sehr deutlich, dass bereits kleinere Veränderungen – wie etwa die Verringerung der Unsicherheit über eine Studienförderung, die Vereinfachung von Bewerbungsverfahren oder die Bereitstellung von Bewerbungshilfen – oft große positive Auswirkungen haben (vgl. Bettinger et al., 2012; Castleman & Page, 2015; Dynarski et al., 2021; Oreopoulos & Ford, 2019). In einer dieser Interventionsstudien wurde dabei nicht die Höhe der finanziellen Förderung verändert, sondern der *Zeitpunkt* der Zusage über eine Studienförderung. Im Fokus dieser Untersuchung standen Studieninteressierte aus einkommensschwächeren Familien, die sehr gute schulische Leistungen erzielt hatten.⁶ Hier zeigte sich, dass eine frühzeitige Zusage über eine Studienförderung die Einschreiberate ins Studium erheblich erhöhte – auf 27 Prozent im Vergleich zu einer Einschreiberate von 12 Prozent bei Studieninteressierten ohne eine solche Zusage (Dynarski et al., 2021).

Schuldenaversion als weiterer wichtiger Schlüssel

Für Studieninteressierte aus einkommensschwächeren Familien könnte auch die Sorge vor Schulden eine Hürde für die Aufnahme eines Studiums sein. Dieser Frage gingen Fidan

und Manger (2021) in einer kürzlich veröffentlichten Studie nach. Ausgangspunkt der Untersuchung war ein Befund von Middendorff et al. (2017), wonach 25 Prozent der Studierenden, die keinen BAföG-Antrag gestellt hatten, angaben, dies nicht getan zu haben, weil sie keine Schulden machen wollten. Unter Studierenden aus sozial schwächeren Elternhäusern belief sich dieser Anteil sogar auf 37 Prozent.

In ihrer Studie zeigen Fidan und Manger (2021), dass gerade bei risikoscheuen Studierenden aus einkommensschwächeren Familien die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass sie keinen Antrag auf BAföG-Förderung stellen, und das, obschon sie in der Regel besonders auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind. Eine bessere Kenntnis des Beantragungsverfahrens – in der Studie operationalisiert darüber, dass Studierende Geschwister hatten, die bereits BAföG erhielten – konnte diesen Studierenden die Sorgen vor Schulden (teilweise) nehmen. Auch diese Befunde legen also nahe, dass es bildungspolitische Nachsteuerungsbedarfe in Bezug auf die angebotenen Informationen zum BAföG gibt und zwar erneut insbesondere für Studieninteressierte und Studierende aus einkommensschwächeren Elternhäusern.

Fidan und Manger (2021) machen auf Basis ihrer Ergebnisse den Vorschlag, Studierende selbst entscheiden zu lassen, ob sie bei einer BAföG-Förderung nur den nicht rückzahlbaren Zuschussanteil in Anspruch nehmen wollen oder auch den Darlehenszuschuss. Bei einem Verzicht auf Letzteren würden sie zwar nur die Hälfte der möglichen BAföG-Förderung erhalten, aber möglicherweise ließen sich so mehr Studierende aus einkommensschwächeren Familien mit dem BAföG erreichen, so das Argument der Autor*innen (2021). Aber auch eine Umstellung des BAföG auf ein reines oder primäres Zuschussmodell, wie es phasenweise in Deutschland bereits existierte, könnte vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse ein möglicher Ansatzpunkt für die geplante Reform sein.

⁶ Die Studie konzentrierte sich auf Studieninteressierte, deren Testergebnisse (SAT-Score) und Noten den Zulassungskriterien der untersuchten amerikanischen Eliteuniversität entsprachen (Dynarski et al., 2021, S. 2).

Fazit

Immer wieder wird betont, wie wichtig die finanzielle Unterstützung durch das BAföG für Studieninteressierte und Studierende aus einkommensschwächeren Familien ist. Als bildungspolitisches Instrument soll die staatliche Studienförderung soziale Ungleichheiten in der Teilhabe an hochschulischer Bildung abbauen. Seit einiger Zeit steht das BAföG jedoch in der Kritik, und viele sehen den Zeitpunkt dafür erreicht, das BAföG grundlegend zu reformieren. Die Argumente und Kritikpunkte sind vielschichtig. In der von der neuen Bundesregierung angekündigten mehrstufigen BAföG-Reform wird es daher wichtig sein, diese sehr verschiedenen, komplexen Einzelaspekte analytisch voneinander zu trennen, um effektive Ansatzpunkte für das geplante große Reformvorhaben zu finden. In unserer Auseinandersetzung haben wir uns auf die Frage konzentriert, wie im Rahmen einer Neuregelung des BAföG mehr Studieninteressierte und Studierende aus sozial und ökonomisch weniger privilegierten Familien erreicht werden könnten. Denn am Geld allein liegt es nicht, dass nach wie vor soziale Ungleichheiten in der Teilhabe an hochschulischer Bildung bestehen.

Auch wenn der Großteil der sozialen Disparitäten bereits deutlich vor der Entscheidung für oder gegen ein Studium entsteht, spielen finanzielle Erwägungen am Übergang ins Studium eine wichtige Rolle. Studienberechtigte aus Nicht-Akademikerfamilien studieren auch aufgrund der wahrgenommenen Kosten eines Studiums seltener als Studienberechtigten aus Akademikerfamilien. Insgesamt können die von Studienberechtigten wahrgenommenen Kosten eines Studiums allerdings mit 15 Prozent nur einen Teil der bestehenden Herkunftsdisparitäten am Übergang ins Studium erklären; der Großteil der Unterschiede ist auf andere Faktoren zurückzuführen, die im Rahmen einer Reform des BAföG jedoch berücksichtigt werden könnten.

Aus wissenschaftlicher Perspektive gibt es wichtige zusätzliche Stellschrauben, mit denen sich das geplante Reformvorhaben

auseinandersetzen müsste. So sollte eine Reform des BAföG insbesondere auch die Bedeutung von unzureichenden Informationen adressieren. Studieninteressierten und Studierenden aus sozial schwächeren Familien fehlen häufig gut und verständlich aufbereitete Informationen zu den Kosten, Erträgen und Finanzierungsmöglichkeiten eines Studiums; sie überschätzen neben den Kosten auch das Risiko, durch ein BAföG-finanziertes Studium in eine Schuldenfalle zu geraten. Auch das Beantragungsverfahren stellt sie vor große Herausforderungen; zudem müssen sie die Entscheidung über die Aufnahme eines Studiums in der Regel unter Unsicherheit und Unkenntnis einer möglichen BAföG-Förderung (sowie der Höhe der Förderung) treffen. Es ist gut dokumentiert, dass bereits kleinere Veränderungen eine große Wirkung haben können. So zeigte eine Informationsintervention unter Berliner Studienberechtigten, dass schon die Durchführung eines knapp 20-minütigen Informationsworkshops die Studienaufnahme von studieninteressierten Schüler*innen aus Nicht-Akademikerfamilien nachhaltig erhöhen konnte.

Dies sind zunächst wissenschaftliche Impulse zu möglichen Ansatzpunkten der mehrstufig geplanten BAföG-Reform. Aus inhaltlicher Perspektive erscheint es darüber hinaus wichtig, das geplante große Reformvorhaben durch eine wissenschaftlich fundierte Evaluation begleiten zu lassen. Für eine effektive bildungspolitische Steuerung käme einer wissenschaftlichen Begleitung der Reform eine hohe Bedeutung zu. Auf Basis der Gefördertenzahl und -quote, die in der laufenden Debatte stark im Vordergrund stehen, lassen sich aktuell keine belastbaren Aussagen darüber ableiten, wie viele Studieninteressierte und Studierende einen Förderbedarf haben und wie viele von ihnen mit dem BAföG erreicht werden. In ihrer bisherigen Verwendung ermöglichen beide Kennzahlen zudem keine zuverlässigen Aussagen über mögliche Reformeffekte, also Schlussfolgerungen darüber, wie sich die Reichweite des BAföG *aufgrund* einer Änderung der Regelungen verändert. Gelingt es mit einer Reform, mehr Studieninteressierte und

Studierende aus einkommensschwächeren Familien zu erreichen? Und wenn ja, in welchem Ausmaß? Und wird nicht „nur“ erreicht, dass sie ein Studium aufnehmen, sondern auch, dass sie im Studium ausreichend finanziell abgesichert sind? Bislang wird die Diskussion um die Reform des BAföG sehr wenig auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse geführt. Eine Gesamtevaluation von Aspekten, die die Beantragung oder Inanspruchnahme von BAföG beeinflussen können, und damit verbundene Handlungsempfehlungen wären aus wissenschaftlicher Perspektive deshalb ein wichtiger Impuls für ein solch umfassendes Reformvorhaben.

Literaturverzeichnis

- Bildungsbericht (2018). *Bildung in Deutschland 2018: Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Wirkungen und Erträgen von Bildung*. wbv.
- Bildungsbericht (2020). *Bildung in Deutschland 2020: Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung in einer digitalisierten Welt*. wbv.
- Barone, C., Schizzerotto, A., Abbiati, G., & Argentin, G. (2017). Information barriers, social inequality, and plans for higher education: Evidence from a field experiment. *European Sociological Review*, 33(1), 84-96.
- Bettinger, E. P., Long, B. T., Oreopoulos, P., & Sanbonmatsu, L. (2012). The role of application assistance and information in college decisions: Results from the H&R Block FAFSA Experiment. *Quarterly Journal of Economics*, 127(3), 1205-1242.
- Blossfeld, H.-P., & Shavit, Y. (1993). Dauerhafte Ungleichheiten: Zur Veränderung des Einflusses der sozialen Herkunft auf die Bildungschancen in dreizehn industrialisierten Ländern. *Zeitschrift für Pädagogik*, 39(1), 25-52.
- Boneva, T., & Rauh, C. (2017). *Socio-economic gaps in university enrollment: The role of perceived pecuniary and non-pecuniary returns*. CESifo Working Paper 6756. Munich Society for the Promotion of Economic Research - CESifo.
- Buchholz, S., & Pratter, M. (2017). Wer profitiert von alternativen Bildungswegen? Alles eine Frage des Blickwinkels! Eine systematische Rekonstruktion des Effektes sozialer Herkunft für alternative Wege zur Hochschulreife. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 69(3), 409-443.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2021). *Stark-Watzinger: Dem BAföG einen Schub geben und es wieder attraktiver machen* [Pressemitteilung 244/2021]. <https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/pressemitteilungen/de/2021/12/221221-Bafoeg.html>. Abruf: 05.01.2022.
- Castleman, B. L., & Page, L. C. (2015). Summer nudging: Can personalized text messages and peer mentor outreach increase college going among low-income high school graduates? *Journal of Economic Behavior & Organization*, 115, 144-160.
- Centrum für Hochschulentwicklung (2021). *CHECK Studienfinanzierung in Deutschland 2021*. Centrum für Hochschulentwicklung.
- Damgaard, M. T., & Nielsen, H. S. (2018). Nudging in education. *Economics of Education Review*, 64, 313-342.
- Deutscher Bundestag (2021). *Zweiundzwanzigster Bericht nach § 35 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes zur Überprüfung der Bedarfssätze, Freibeträge sowie Vohundertsätze und Höchstbeträge nach § 21 Absatz 2*. (Drucksache 20/413). <https://dserver.bundestag.de/btd/20/004/2000413.pdf>. Abruf: 04.04.2022.
- Deutscher Bundestag. (2022). *Bundesregierung legt 22. BAföG-Bericht vor* [Presse-Kurzmeldung hib 20/2022]. <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-877594>. Abruf: 23.01.2022.
- Deutscher Gewerkschaftsbund (2021a). *Anforderungen für eine 27. BAföG-Novelle: BAföG bedarfsgerecht ausgestalten und weiterentwickeln*. <https://www.dgb.de/themen/++co++72ac8d3a-50d1-11eb-82e0-001a4a160123>. Abruf: 01.09.2021.
- Deutscher Gewerkschaftsbund (2021b). *Alternativer BAföG-Bericht: Daten und Fakten für eine bessere Ausbildungsförderung*. Deutscher Gewerkschaftsbund, Abteilung Jugend und Jugendpolitik. <https://jugend.dgb.de/++co++361621a6-c449-11eb-8ef0-001a4a16011a>. Abruf: 16.02.2022.
- Dohmen, D., Cleuvers, B. A., Cristóbal, V., & Laps, J. (2017). *Ermittlung der Lebenshaltungskosten von Studierenden*. Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS).
- Dohmen, D., Thomsen, M., Yelubayeva, G., & Ramirez, R. (2019). *Ermittlung der Lebenshaltungskosten von Studierenden: Aktualisierte Berechnung anhand der 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks*. Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS).
- Deutsches Studentenwerk (2021a). *Echte Trendwende, echte Reform: Sofort-Programm für ein starkes BAföG*. <https://www.studentenwerke.de/content/echte-trendwende-echte-reform-sofort>. Abruf: 29.11.2021.
- Deutsches Studentenwerk (2021b). *Nun rasch eine kräftige BAföG-Erhöhung zum Herbst 2022*. <https://www.studentenwerke.de/de/content/%E2%80%99Enun-rasch-eine-kr%C3%A4ftige-baf%C3%B6g-erh%C3%B6hung>. Abruf: 01.02.2022.
- Deutsches Studentenwerk (2021c). *Trendwende bei BAföG-Antragszahlen bleibt aus*. <https://www.studentenwerke.de/de/content/trendwende-bei-bafoeg-antragszahlen-bleibt>. Abruf: 01.02.2022.
- Dynarski, S., Libassi, C. J., Michelmores, K., & Owen, S. (2021). Closing the gap: The effect of reducing complexity and uncertainty in college pricing on the choices of low-income students. *American Economic Review*, 111(6), 1721-1756.
- Fidan, M., & Manger, C. (2021). Why do German students reject free money? *Education Economics*, DOI: 10.1080/09645292.2021.1978937
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (2021). *Zum 50. Geburtstag des BAföG: Talfahrt stoppen – Gerechtigkeit*

- keitslücken schließen – Strukturreform anpacken. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.
- Grimm, C. (2021, 02. August). Bundesbildungsministerin Karliczek: „Wir werden an das BAföG rangehen“. *Augsburger Allgemeine*. <https://augsburger-allgemeine.de/politik/Interview-Bundesbildungsministerin-Karliczek-Wir-werden-an-das-Bafoeg-rangehen-id60239726.html>. Abruf: 02.02.2022.
- Grodsky, E., & Jones, M. T. (2007). Real and imagined barriers to college entry: Perceptions of cost. *Social Science Research*, 36(2), 745-766.
- Habermalz, C. (2020, 05. März). *Ausbildungsförderung: Nur zwei Drittel der BAföG-Mittel ausgegeben*. Deutschlandfunk. <https://www.deutschlandfunk.de/ausbildungsforderung-nur-zwei-drittel-der-bafoeg-mittel-100.html>. Abruf: 02.02.2022.
- Hadjar, A., & Berger, J. (2011). Geschlechtsspezifische Bildungsungleichheiten in Europa: Die Bedeutung des Bildungs- und Wohlfahrtsstaatsystems. In A. Hadjar (Hrsg.), *Geschlechtsspezifische Bildungsungleichheiten* (S. 23-54). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Herber, S. P., & Kalinowski, M. (2019). Non-take-up of student financial aid: A microsimulation for Germany. *Education Economics*, 27(1), 52-74.
- Hillmert, S., & Jacob, M. (2005). Institutionelle Strukturierung und inter-individuelle Variation: Zur Entwicklung herkunftsbezogener Ungleichheiten im Bildungsverlauf. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 57(3), 414-442.
- Hoxby, C., & Turner, S. (2015). What high-achieving low-income students know about college. *American Economic Review: Papers & Proceedings*, 105(5), 514-517.
- Hochschulrektorenkonferenz (2021). *HRK-Mitgliederversammlung fordert grundlegende BAföG-Reform* [Pressemittteilung vom 28.04.2021]. <https://www.hrk.de/presse/pressemittteilungen/pressemittteilung/meldung/hrk-mitgliederversammlung-fordert-grundlegende-bafoeg-reform-4814/>. Abruf: 10.09.2021.
- Jensen, R. (2010). The (perceived) returns to education and the demand for schooling. *Quarterly Journal of Economics*, 125(2), 515-548.
- Kracke, N., Buck, D., & Middendorff, E. (2018). *Beteiligung an Hochschulbildung: Chancenungleichheit in Deutschland*. (DZHW Brief 03/2018). DZHW.
- Lavecchia, A., Liu, H., & Oreopoulos, P. (2016). Behavioral economics of education: Progress and possibilities. In E. Hanushek, S. Machin, & L. Woessmann (Hrsg.), *Handbook of the economics of education* (Bd. 5, S. 1-74). Elsevier.
- Lergetporer, P., Werner, K., & Woessmann, L. (2021). Does ignorance of economic returns and costs explain the educational aspiration gap? Representative evidence from adults and adolescents. *Economica*, 88, 624-670.
- Mare, R. D. (1980). Social background and school continuation decisions. *Journal of the American Statistical Association*, 75(370), 295-305.
- Middendorff, E., Apolinarski, B., Becker, K., Bornkessel, P., Brandt, T., Heißenberg, S., & Poskowsky, J. (2017). *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016: 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung*. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBWF).
- Müller, W., & Pollak, R. (2007). Weshalb gibt es so wenige Arbeiterkinder in Deutschlands Universitäten? In R. Becker & W. Lauterbach (Hrsg.), *Bildung als Privileg: Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit* (S. 303-342). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Oreopoulos, P., & Ford, R. (2019). Keeping college options open: A field experiment to help all high school seniors through the college application process. *Journal of Policy Analysis and Management*, 38(2), 299-329.
- Peter, F., & Zambre, V. (2017). Intended college enrollment and educational inequality: Do students lack information? *Economics of Education Review*, 60, 125-141.
- Peter, F., Spiess, C. K., & Zambre, V. (2018). Infoworkshop zum Studium erhöht die Studienaufnahme. *DIW Wochenbericht*, 26, 565-573.
- Peter, F., Spiess, C. K., & Zambre, V. (2021). Informing students about college: Increasing enrollment using a behavioral intervention? *Journal of Economic Behavior & Organization*, 190(5), 524-549.
- Quast, H., Mentges, H., & Buchholz, S. (im Erscheinen). Atypische Bildungsverläufe: Warum verzichten Studienberechtigte immer noch häufiger auf ein Studium? In: J. Ordemann, F. Peter, & S. Buchholz (Hrsg.), *Vielfalt von Bildungsverläufen*. Springer VS.
- Quast, H., Spangenberg, H., Hannover, B., & Braun, E. (2012). Determinanten der Studierbereitschaft unter besonderer Berücksichtigung von Studiengebühren. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 15(2), 305-326.
- Reimer, D., & Schindler, S. (2010). Soziale Ungleichheit und differenzierte Ausbildungsentscheidungen beim Übergang zur Hochschule. In B. Becker & D. Reimer (Hrsg.), *Vom Kindergarten bis zur Hochschule* (S. 251-283). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Scharf, J., Becker, M., Stallasch, S. E., Neumann, M., & Maaz, K. (2020). Primäre und sekundäre Herkunftseffekte über den Verlauf der Sekundarstufe: Eine Dekomposition an drei Bildungsübergängen. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 23(6), 1251-1282.
- Schindler, S., & Lörz, M. (2012). Mechanisms of social inequality development: Primary and secondary effects in the transition to tertiary education between 1976 and 2005. *European Sociological Review*, 28(5), 647-660.
- Schindler, S., & Reimer, D. (2010). Primäre und sekundäre Effekte der sozialen Herkunft beim Übergang in die Hochschule. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 62(4), 623-653.
- Spangenberg, H., Quast, H., & Franke, B. (2017). Studium, Ausbildung oder beides? Qualifizierungswege von Studienberechtigten. *DDS Die Deutsche Schule*, 109(4), 334-352.
- Statistisches Bundesamt (2021). *Datenauszug aus der Genesis-Datenbank (BAföG Geförderte Personen und finanzieller Aufwand: Deutschland, Jahre, Personenkreis)*. <https://www-genesis.destatis.de/genesis//online?operation=table&code=21411-0001&bypass=true&levelindex=0&levelid=1645098728300#abreadcrumb>. Abruf: 12.01.2022.

- Steiner, V., & Wrohlich, K. (2012). Financial student aid and enrollment in higher education: New evidence from Germany, *The Scandinavian Journal of Economics*, 114(1), 124-147.
- Süddeutsche Zeitung (2022, 6. April). Bundesregierung beschließt Bafög-Reform. Süddeutsche Zeitung. <https://www.sueddeutsche.de/politik/bafoeg-reform-stark-watzinger-1.5561831>. Abruf: 21.04.2022.
- van Bebber, F. (2010, 18. März). Zu kompliziert: Fast alle Bafög-Anträge sind fehlerhaft. *Der Tagesspiegel*. <https://www.tagesspiegel.de/wissen/studium-zu-kompliziert-fast-alle-bafoeg-antraege-sind-fehlerhaft/1721152.html>. Abruf: 06.11.2021.
- Wiarda, J. M. (2021, 23. Dezember). *Ein neuer Ton*. Blog. <https://www.jmwiarda.de/2021/12/23/ein-neuer-ton/>. Abruf: 20.01.2022.
- Wygrabek, V., & Lührig, H. H. (2021, 06. August). Bafög im freien Fall – Karliczek (CDU) gab Haushaltsmittel zurück. *zwd Politikmagazin*. [https://www.zwd.info/bafoeg-im-freien-fall-karliczek-\(cdu\)-gab-haushalts-mittel-zurueck.html](https://www.zwd.info/bafoeg-im-freien-fall-karliczek-(cdu)-gab-haushalts-mittel-zurueck.html). Abruf: 08.12.2021.
- Zeit Online (2021a, 22. Dezember). Bundesbildungsministerin will Bafög-Reform rasch umsetzen. *Zeit Online*. <https://www.zeit.de/wirtschaft/2021-12/bafoeg-reform-bundesbildungsministerin-bettina-stark-watzinger-schnell>. Abruf: 05.01.2022.
- Zeit Online (2021b, 27. Juli). Nord-SPD fordert grundlegende Bafög-Reform. *Zeit Online*. <https://www.zeit.de/news/2021-07/27/nord-spd-fordert-grundlegende-bafoeg-reform>. Abruf: 15.02.2022.
- Zeit Online (2022, 18. Februar). Bafög-Sätze steigen voraussichtlich noch dieses Jahr. *Zeit Online*. <https://www.zeit.de/news/2022-02/18/bafoeg-saetze-steigen-voraussichtlich-noch-dieses-jahr>. Abruf: 02.03.2022.

Impressum

Deutsches Zentrum für Hochschul- und
Wissenschaftsforschung GmbH (DZHW)

Lange Laube 12 | 30159 Hannover | www.dzhw.eu

Tel.: +49 511 450670-0 | Fax: +49 511 450670-960 | info@dzhw.eu

Geschäftsführung: Prof. Dr. Monika Jungbauer-Gans

Vorsitzender des Aufsichtsrats: Ministerialdirigent Peter Greisler

Registergericht: Amtsgericht Hannover | B 210251

Redaktionell verantwortlich: Prof. Dr. Sandra Buchholz

Dieses Werk steht unter der Creative Commons Namensnennung
– Nicht kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0
Deutschland Lizenz (CC-BY-NC-SA)

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/de/>

